



HIBS NEWSLETTER

November 2021

Brauchen wir eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen?

Oesterhelweg kündigt Rückzug aus der Landespolitik an

Hopmann wird neue CDU-Kreisvorsitzende in Hildesheim



Angriff auf die Pendlerpauschale Und warum die CDU sie verteidigen sollte

Inhalt

„HiBs“-Team: Angriffe auf die Pendlerpauschale abwehren	2
Uwe Schünemann: Impfpflicht für Berufe mit Kontakt zu besonders schutzbedürftigen Gruppen	4
Frank Oesterhelweg: "Die Bundeswehr verdient unsere Unterstützung"	5
Frank Oesterhelweg wird landespolitische Tätigkeit 2022 beenden	5
Thomas Ehbrecht: Haushaltsausschuss ebnet den Weg für Baustufe 2 der Universitätsmedizin Göttingen	6
Laura Hopmann: Wahl zur Vorsitzenden des CDU-Kreisverbands Hildesheim	6
Uwe Schünemann: Landkreis profitiert von Haushaltsbeschlüssen der Regierungsfraktionen.....	7
Oesterhelweg und Bäumer: Förderung bis mindestens 2025 gesichert	7
Thomas Ehbrecht: Genuss aus der Region: Heimisches Wildbret steht jetzt hoch im Kurs Waldfleisch-App bringt Anbieter und Verbraucher zusammen.....	7
Christoph Plett: Die Peiner Polizei braucht dringend ein modernes Gebäude, das aktuellen Anforderungen entspricht und gute Arbeitsbedingungen gewährleistet.....	8
Christoph Plett: Sieben Millionen Euro stehen bereit für das neue Jugendtheater in Braunschweig.....	8

Leitartikel



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs“-Team. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihr „HiBs“-Team

„HiBs“-Team: Angriffe auf die Pendlerpauschale abwehren Mobilität in der Fläche weiterhin ermöglichen

Holzminde, der Landkreis Göttingen, Wolfenbüttel, das Hildesheimer Land – von überall aus unseren Wahlkreisen fahren sie täglich früh morgens mit ihrem Auto zur Arbeit: die Pendlerinnen und Pendler. Nur zu gut kennen wir, die „HiBs“-Gruppe, aus zahlreichen Gesprächen vor Ort die Herausforderungen und Sorgen vieler Pendler und Pendlerinnen. Dabei wird leider oft vergessen, dass jeder einzelne Pendler vor allem für einen fleißigen Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin steht.

Gerade weil wir uns der täglichen Strapazen der Arbeitnehmer bewusst sind, die jeden Tag längere Strecken mit ihrem Auto zur Arbeit zurücklegen müssen, hat uns das Gutachten des Umweltbundesamtes vom 28. Oktober besonders schockiert. Dieses beinhaltet die Empfehlung zur Abschaffung der Pendlerpauschale ab dem Jahr 2027. Diese schamlose Einmischung einer Bundesbehörde wurde von Bundesumweltministerin Schulze (SPD) nicht einmal gestoppt. Werden hier vielleicht bereits Weichen für die neue „Ampelkoalition“ gestellt? Gewiss ist in jedem Fall, dass die Abschaffung der Pendlerpauschale für ein Flächenland wie Niedersachsen einem Schlag ins Gesicht gleichkommt. Solch einen Angriff auf die Pendlerpauschale wollen wir nach Kräften abwehren!

Die steigenden Benzin- und Energiepreise machen den Pendlern bereits zu schaffen. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen drohen durch eine Abschaffung der Pendlerpauschale zu den Verlierern der Energiepreisentwicklung und der Umweltpolitik zu werden. Dabei wird scheinbar vergessen, dass diese Menschen nicht freiwillig jeden Morgen in der Früh zu ihrem Arbeitsplatz pendeln, sondern um ihre und die finanzielle Existenz ihrer Familie zu gewährleisten. Statt nun Unterstützung zu erfahren, werden sie als Klimasünder abgestempelt und ihre Belastung finanziell auch noch von all jenen bestraft, die ernsthaft in Erwägung ziehen, die Pauschale für Pendler abzuschaffen. Allein die Diskussion über die Pendlerpauschale dient weder der klimafreundlichen Mobilitätswende, noch den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Die Pendlerpauschale darf daher nicht im Ansatz in Frage gestellt werden!

Bezüglich der Vorwürfe zur Abschaffung der Pendlerpauschale waren die GRÜNEN im Landtag bemüht auszuweichen und zogen lieber vermeintliche Versäumnisse des Wirtschaftsministers Althusmanns (CDU) aus dem Hut. Ihr Versuch sich reinzuwaschen blieb dabei jedoch ähnlich schwammig, wie die verzweifelten Versuche ihres Bundesvorsitzenden Robert Harbeck (GRÜNE), die Pendlerpauschale zu erklären.

All diese Gegebenheiten wecken bei uns viel eher den Anschein, dass hier ein ideologischer Kampf gegen den Individualverkehr vorangetrieben wird. Mit Blick auf den Bund und die nahende

„Allein die Diskussion über die Pendlerpauschale dient weder dem Klima, noch den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.“

Regierung einer „Ampelkoalition“, wird uns nicht wohler zu Mute. So steht bereits im Sondierungspapier von SPD, GRÜNE und FPD auf Seite 11 geschrieben: „Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir den Haushalt auf überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben überprüfen.“ Dieser Satz wirft bei uns und der CDU-Landtagsfraktion berechnete Zweifel am bundesweiten Festhalten an der Pendlerpauschale auf. Des Weiteren wird deutlich, dass seitens der Arbeitnehmerschaft kein Verlass mehr auf die FDP im Bund ist.

Wie genau will die CDU Niedersachsen dem nun begegnen? Bekanntlich ist Angriff die beste Verteidigung. In diesem Sinne hat der niedersächsische Wirtschaftsminister Althusmann die Erhöhung der Pendlerpauschale ins Spiel gebracht. Unserer Meinung nach verdeutlicht die CDU mit diesem Vorschlag, dass sie mit beiden Beinen in der Realität steht und die Sorgen zahlreicher Pendler ernst nimmt. Während eine Abschaffung der Pendlerpauschale indiskutabel ist, reicht auch die derzeit festgelegte Pauschale nicht aus, damit die Arbeitnehmer der steigenden Spritpreisexplosionen Herr werden können.

Wir unterstützen daher die von Minister Althusmann ins Spiel gebrachte Erhöhung der Pendlerpauschale ausdrücklich! Zum einen, damit klar wird, dass die Pendlerpauschale für uns unverhandelbar ist. Zum anderen, da eine Erhöhung der Pauschale ein klares Signal dafür ist, dass sich Arbeit lohnt und man diese Einstellung als Staat auch unterstützen sollte. Wir wollen keine Politik am Menschen vorbei, sondern existenzielle Sicherheit schaffen. Die Erhöhung der Pendlerpauschale ist dafür genau der richtige Schritt.



Wussten Sie, dass die Pendlerpauschale eigentlich Entfernungspauschale heißt? Die Pendlerpauschale ist nur der inoffizielle umgangssprachliche Begriff. Die Entfernungspauschale hat zum Ziel, die Aufwendung zwischen dem Wohnort und der beruflichen Tätigkeitsstätte zu pauschalisieren. Die Pauschale kann von jedem in Anspruch genommen werden, egal, ob der Weg zur Arbeit mit dem Auto oder dem ÖPNV bestritten wird.

Aus dem Plenum

Uwe Schönemann: Impfpflicht für Berufe mit Kontakt zu besonders schutzbedürftigen Gruppen

Noch im August dieses Jahres war nicht mal die Hälfte der Deutschen von einer allgemeinen Impfpflicht überzeugt. Nach Angaben der ARD befürworten Stand 04. November 2021 nun bereits 57 Prozent der Deutschen eine allgemeine Impfpflicht. Die Veränderung der Einstellung gegenüber der Impfpflicht gibt daher Anlass, das Thema erneut zu beleuchten.

Eine Impfpflicht an sich ist dabei gar nichts Neues. Bis 1954 hatte die Bundesrepublik Deutschland eine Impfpflicht gegen Diphtherie sowie von 1949 bis Ende 1975 eine Impfpflicht gegen die Pocken. Aufgrund der guten Erfahrungen und der effizienten Eindämmung dieser Krankheiten, wurde die Impfpflicht seit 2001 im Artikel 20 Absatz sechs und sieben im Infektionsschutzgesetz rechtlich verankert. Genau aus diesem Grund kippte das Bundesverfassungsgericht auch Eilanträge von Eltern zur Aussetzung der Masern-Impfpflicht, da der Elternwille dem Interesse der Abwehr infektionsbedingter Risiken für die Gesellschaft zurückstehen müsse.

Nun hat der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages eine COVID-19-Impfpflicht geprüft und kam zu dem Ergebnis, dass diese grundsätzlich nicht verfassungswidrig sei. Leider wird eine Schutzimpfung gegen das COVID-19-Virus nicht von allen Deutschen als Bürgerpflicht verstanden. Die jüngst von der Niedersächsischen Gesundheitsministerin Behrens (SPD) vorgeschlagenen Maßnahmen zur deutlichen Erhöhung mobiler Impfteams in den Kommunen und der Ausweitung der Impfmöglichkeiten in Arztpraxen sind zur Beschleunigung der Impfkampagne richtig. Doch müssen meiner Meinung nach auch vermehrt Anreize geschaffen werden sich impfen zu lassen, sonst gibt es zwar mehr Impfteams, aber keine Abnehmer der Impfung.

Ich halte daher die grundsätzliche Etablierung der 2 G-Regel – mit Ausnahme im Lebensmittelverkauf (hier 3 G) – in geschlossenen Räumen für erforderlich. Doch auch trotz Anreize dürfen wir nicht nachlässig im Bereich der Sicherheit derer werden, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können oder trotz Impfung zu Risikogruppen gehören. Bei Veranstaltungen ab 100 Personen sollte zuzüglich zur 2 G-Regelung ein Test verpflichtend sein. Gleichzeitig sollten wir zum Schutz der besonders vulnerablen Gruppen tatsächlich über eine rechtlich zulässige Impfpflicht in bestimmten Berufsgruppen nachdenken. Ich halte diese zum Beispiel bei Erwachsenen im Bereich der Pflege- und Seniorenheime sowohl in den Kindertagesstätten als auch in Schulen für sinnvoll.

Als Gemeinschaft müssen wir die COVID-19-Impfung als Bürgerpflicht begreifen und im Ziel darauf bedacht sein, diejenigen vor dem Virus zu schützen, die dieser Pflicht zwar nachkommen wollen, aber nicht können.



Aus dem Plenum

Frank Oesterhelweg: "Die Bundeswehr verdient unsere Unterstützung"

Landtagsvizepräsident begrüßt Anerkennung für Heereseinheit

Vor dem Niedersächsischen Landtag hat die Panzerlehrbrigade 9 im Rahmen eines feierlichen Appells den Namenszusatz "Niedersachsen" erhalten. Die in Munster stationierte Brigade mit insgesamt sieben Bataillonen, sechs davon in Niedersachsen, ist die größte Heereseinheit in unserem Bundesland. Die Anregung zu diesem Namenszusatz kam vom damaligen Kommandeur, Brigadegeneral Ullrich Spannuth, und wurde von Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg an den Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter herangetragen. Frank Oesterhelweg: "Ich freue mich sehr darüber, dass die Anregung von Ullrich Spannuth aufgenommen worden ist und gratuliere der Panzerlehrbrigade 9 Niedersachsen und ihrem Kommandeur Dr. Christian Freuding zu dieser besonderen Anerkennung, die gut in den Kontext des 75jährigen Geburtstages unseres Bundeslandes passt." Oesterhelweg verwies angesichts des Volkstrauertages auf die Opfer, die auch unsere Soldatinnen und Soldaten bringen: "Wir sollten uns immer vor Augen führen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten auch heute große Opfer bringen. Viele haben ihr Leben im Rahmen ihres Dienstes für unser Land verloren, viele leiden noch heute unter den Spätfolgen ihrer Erlebnisse. Ihnen allen sind wir in besonderem Maße verpflichtet. Seit ihrer Gründung am 12. November 1955 hat unsere Bundeswehr Frieden und Freiheit verteidigt, dafür sollten wir dankbar sein!"



Panzerlehrbrigade 9 Niedersachsen vor dem Landtag in Hannover.

Aus dem Wahlkreis

Frank Oesterhelweg wird landespolitische Tätigkeit 2022 beenden

„Nach mancherlei Erfahrungen, langen, sehr intensiven Überlegungen und zahlreichen Gesprächen habe ich mich dazu entschlossen, am 9. Oktober des kommenden Jahres nicht mehr zur Landtagswahl im Wahlkreis Wolfenbüttel anzutreten und meine landespolitische Tätigkeit nach dann 20 spannenden Jahren zu beenden. Diese ganz persönliche Entscheidung habe ich gemeinsam mit meiner Frau bereits am 12. Oktober getroffen.

Es war und ist mir wichtig, Zeitpunkt und Umstände meines (schrittweisen und geordneten) Rückzuges aus der aktiven Politik selbst zu bestimmen - ohne Druck und Beeinflussungen von außen.

Ebenso wie mein Landtagsmandat werde ich auch meine Führungspositionen in der CDU bis zum Ende der jeweiligen Wahlzeit engagiert und gewissenhaft wahrnehmen und gemeinsam mit meinen politischen Freunden den Wechsel vorbereiten. Ich bin überzeugt, dass wir in den Reihen der Union engagierte Frauen und Männer finden werden, die diese Aufgaben übernehmen können und wollen.

Mein Rückzug aus Führungsämtern bedeutet nicht, dass ich mich nicht mehr politisch einbringen werde - im Gegenteil!

Ich freue mich für den Rest meiner Amtszeit auf eine gute Zusammenarbeit mit allen, denen daran gelegen ist. Dann, in einem Jahr, werde ich gemeinsam mit meinen politischen Freunden Bilanz ziehen."



Foto: Veronika Koch

Aus dem Plenum

Thomas Ehbrecht: Haushaltsausschuss ebnet den Weg für Baustufe 2 der Universitätsmedizin Göttingen

Der Haushaltsausschuss des Niedersächsischen Landtags hat heute der Aufnahme der Baustufe 2 an der Universitätsmedizin Göttingen (UMG) in den Maßnahmenfinanzierungsplan zugestimmt. Damit ist der Investitionsrahmen in Höhe von insgesamt 276 Millionen Euro für die weitere Planung und Realisierung des Eltern-Kind-Zentrums und des Operativen Kinderzentrums mit Kopf-OP-Zentrum sichergestellt. Dort sollen auf rund 17.350 Quadratmetern die Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe sowie alle klinischen Disziplinen mit Bezug zu pädiatrischen Patientinnen und Patienten untergebracht werden. „Mit der Aufnahme der Baustufe 2 in den Finanzierungsplan schaffen wir jetzt die finanziellen Voraussetzungen für einen weiteren wichtigen Meilenstein des Neubaus auf

[Zum Volltext](#)

Aus dem Wahlkreis

Laura Hopmann: Wahl zur Vorsitzenden des CDU-Kreisverbands Hildesheim

„Danke für die Wahl zur Vorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Hildesheim! Ich habe auf dem Kreisparteitag gespürt, dass durch unsere Partei gerade im besten Sinne ein Ruck geht“, sagte Laura Hopmann am Ende des Kreisparteitages in Hildesheim. Diese Aufbruchstimmung habe sich auch deutlich in der Vorstandswahl gezeigt. Das Interesse an der Mitarbeit war erfreulich groß: mehr als die Hälfte der Kreisvorstandsmitglieder ist komplett neu in diesem Gremium. Fünf aktive JU-Mitglieder sind dabei und man habe eine sehr gute Mischung zwischen Stadt und Land, neu und erfahren, jünger und betagter, männlich und weiblich hinkommen. „Ich freue mich wirklich sehr darauf, mit diesem neuen 'Team CDU' in die vor uns liegende Arbeit zu starten“, so die frisch gewählte Kreisvorsitzende.

Aus der personellen Erneuerung solle nun eine strukturelle Erneuerung folgen. „Ich möchte, dass sich ein CDU-Mitglied wertvoll fühlt“, sagte Hopmann in Ihrer Rede. Bereits im Vorfeld des Kreisparteitages hatte die Despetalerin angekündigt, die Mitbestimmung der Mitgliederbasis künftig deutlich stärker ermöglichen zu wollen. Besonders wichtig sei ihr dabei in Zukunft, Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger einfach und unkompliziert an inhaltlichen Fragen mitarbeiten zu lassen, ohne zuvor jahrelang starre Hierarchien durchlaufen zu müssen. Der Kreisvorstand wolle künftig stärker den Willen der Basis umsetzen und sich mehr in den Dienst der Mitglieder stellen. „Denn die Mitglieder sind wichtigste Unterstützer, wichtigste Wahlkämpfer und wichtigste Botschafter unserer Partei“, resümierte Hopmann.

Aus dem Plenum

Uwe Schünemann: Landkreis profitiert von Haushaltsbeschlüssen der Regierungsfractionen

Nach intensiven Beratungen haben sich CDU und SPD auf den Doppelhaushalt 2022/2023 geeinigt. Der heimische Landtagsabgeordnete Uwe Schünemann sieht besondere Fördermöglichkeiten für den Landkreis Holzminden: „Gerade für den ländlichen Raum stehen erhebliche Mittel zur Verfügung“.

Das Strukturförderprogramm „Zukunftsräume“ werde mit insgesamt 9 Mio. Euro ausgestattet. Die erhöhten GRW Bundesmittel würden vom Land zu hundert Prozent gegenfinanziert. Dadurch stehen 10 Mio. Euro zusätzlich für einzelbetriebliche Zuschüsse bereit. In gleicher Weise würden die GAK- Mittel mit Landesgeld hinterlegt. „Bei der Agra-Förderung wird kein Cent verloren gehen“, verspricht Uwe Schünemann. Das sei für den Strukturwandel der Landwirtschaft auch in unserer Region eine wichtige Botschaft.

Die Ärzteversorgung wird immer stärker ein ernstzunehmendes Problem. Darauf reagieren die Regierungsfractionen mit verschiedenen Maßnahmen. „Regionale Gesundheitszentren können in den kommenden beiden Jahren mit 4 Mio. Euro bezuschusst werden“, so der CDU-Politiker. Zur Förderung von Hausärzten im ländlichen Raum seien 600.000 Euro eingeplant. Für zusätzliche Medizinstudienplätze erhält die European Medical School in Oldenburg 10 Mio. Euro.

Dem steigenden Bedarf an Kurzzeitpflegplätzen werde mit zusätzlichen 5 Mio. Euro entgegengewirkt. Wohnen und Pflege im Alter werde mit knapp 2 Mio. Euro unterstützt.

Motorradlärm ist für viele Anlieger an beliebten Motorradstrecken im Weserbergland unerträglich. Nach der Förderung von vier Lärmmessgeräten im Landkreis Holzminden seien nunmehr Mittel für Modellprojekte eingeplant.

Aus dem Wahlkreis

Oesterhelweg und Bäumer: Förderung bis mindestens 2025 gesichert

Oesterhelweg und Bäumer freuen sich für Niedersachsens Geoparks

Seit zwei Jahren werden die beiden UNESCO Geoparks Harz. Braunschweiger Land. Ostfalen und Terra.vita (Osnabrücker Land) vom Wirtschaftsministerium des Landes Niedersachsen mit jeweils 150.000 Euro unterstützt. Dafür hatten sich die beiden Landtagsabgeordneten Frank Oesterhelweg (Landtagsvizepräsident) und Martin Bäumer (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) maßgeblich eingesetzt. Nachdem die Unterstützung vor zwei Jahren zunächst nur für fünf Jahre in den Landeshaushalt aufgenommen wurde ist nun klar: Die beiden Geoparks können mindestens bis zum Jahr 2025 mit einer Unterstützung des Wirtschaftsministeriums rechnen.



v. l. n. r. Oesterhelweg und Bäumer

[Zum Volltext](#)

Thomas Ehbrecht: Genuss aus der Region: Heimisches Wildbret steht jetzt hoch im Kurs Waldfleisch-App bringt Anbieter und Verbraucher zusammen

Herbst und Winter, das ist die Zeit der Hauptjagdsaison: das Fleisch von Reh, Hirsch, Wildschwein, Hase, Wildente oder Fasan kommt jetzt aus heimischer Wildbahn frisch auf den Tisch.

[Zum Volltext](#)

Aus dem Wahlkreis

Christoph Plett: Die Peiner Polizei braucht dringend ein modernes Gebäude, das aktuellen Anforderungen entspricht und gute Arbeitsbedingungen gewährleistet.

Das Peiner Polizeikommissariat weist seit Jahren erhebliche Mängel auf, die zeitweise auch den Arbeitsbetrieb der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten beeinträchtigt hat. In einem Gespräch mit den Beamtinnen und Beamten vor Ort und weiteren Peiner Entscheidern ging es darum, wie möglichst schnell eine gute Lösung gefunden werden kann.

Das derzeitige Peiner Polizeikommissariat weist seit vielen Jahren erhebliche Mängel auf, die zeitweise die Arbeitsabläufe der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten beeinträchtigt haben.

Gravierende Mängel wie die defekte Schließanlage im Eingangsbereich des Gebäudes sind mittlerweile beseitigt worden, auch die Nutzbarkeit der Garagen hinter dem Gebäude ist durch Renovierungsmaßnahmen wieder gegeben. Insgesamt bleibt der Zustand aber unbefriedigend. So entsprechen viele Gegebenheiten einfach nicht mehr den Anforderungen moderner Polizeiarbeit und werden auch den gut ausgebildeten Fachkräften, die bei der Polizei arbeiten, und deren Anforderungen nicht mehr gerecht. Eine fehlende separate Dusche für männliche und weibliche Beamte – beim Bau des Kommissariats gab es keine Polizeibeamtinnen - ist da nur die Spitze des Eisbergs, die untereinander viel Abstimmung erfordert.

Ich habe mich vor wenigen Tagen mit dem neuen Leiter des Peiner Polizeikommissariats, Christian Priebe, einigen seiner Kolleginnen und Kollegen sowie weiteren Entscheidern der Peiner Politik getroffen, um die Zustände vor Ort noch einmal in Augenschein zu nehmen und über die gebotenen Maßnahmen zu sprechen.

Aus meiner Sicht gibt es mehrere Möglichkeiten, wie weiter verfahren werden kann. Die eine Möglichkeit besteht darin, das bestehende Polizeikommissariat gründlich und umfassend zu sanieren, um es auf einen aktuellen Stand zu bringen. Eine weitere bedenkenswerte Option liegt auch darin, einen kompletten Neubau für unsere Polizei zu errichten, der von

Christoph Plett: Sieben Millionen Euro stehen bereit für das neue Jugendtheater in Braunschweig

Beim gemeinsamen Besuch mit Kulturminister Björn Thümler MdL, meinen Kollegen Veronika Koch MdL, Oliver Schatta MdL und dem Braunschweiger CDU-Ratsfraktionsvorsitzenden Thorsten Köster haben uns Staatstheater-Intendantin Dagmar Schlingmann, Thomas Pasternak, Technischer Direktor des Staatstheaters, Verwaltungschef Stefan Mertens und der Leiter des Jungen Staatstheaters, Jörg Wesemüller, vorgestellt, welche Baumaßnahmen geplant sind.

Aus ehemals geplanten Umbaumaßnahmen wird nun fast ein kompletter Neubau mit modernsten Gegebenheiten – hinter der historischen Fassade.

Schon unter der grünen Kulturministerin Heinen-Kljajic war das Projekt der Renovierung der Kinder- und Jugendbühne des Staatstheaters Braunschweig erstmals angestoßen worden, nun kommt es – nachdem für viele Jahre kein entscheidender Fortschritt zu vermelden war – endlich zu konkreten Entwicklungen.

Nachdem die Minister Björn Thümler MdL und Reinhold Hilbers MdL sowie unser Fraktionsvorsitzender Dirk Toepffer MdL sich dafür eingesetzt haben, dass aus Mitteln des Landes Niedersachsen sieben Millionen Euro für den Umbau des Jungen Staatstheaters eingesetzt werden, ist klar, dass nicht nur kleinere Umbaumaßnahmen möglich sein werden. Vielmehr wird es nun möglich sein, ein komplett neues und modernes Jugendtheater hinter der historischen Fassade zu planen und umzusetzen.

Geplant ist zum Beispiel, das Frankfurter Haus in der Husarenstraße innen komplett aus- und umzubauen. Der Theatersaal soll Platz für 130 Gäste bieten, im Eingangsbereich soll ein Café/Bistro entstehen. Ein weiterer Vorteil des Projekts liegt darin, dass nach dem Umbau

Aus dem Wahlkreis

vornherein auf die heutigen Anforderungen moderner Polizeiarbeit ausgelegt werden könnte. Eine dritte Option könnte darin liegen, den Betrieb im derzeitigen Polizeigebäude zu beenden und im Stadtgebiet eine neue Heimat für die Peiner Polizei zu finden, die besser geeignet ist, als das aktuelle Gebäude.

Unabhängig davon, worin genau schlussendlich die Lösung für die Peiner Polizei liegen wird: Wichtig ist, dass es eine schnelle und nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten gibt, die moderne Polizeiarbeit ermöglichen und den heutigen Anforderungen an ein Arbeitsumfeld gerecht werden. Dafür werde ich mich weiter einsetzen.



alle Abteilungen des Jungen Staatstheaters unter einem Dach liegen werden – und das ganze Haus komplett barrierefrei gestaltet sein wird. Die Eröffnung des neuen Jugendtheaters ist für die Spielzeit 2023/24 geplant.

Ich freue mich sehr darüber, dass dieses lange ersehnte Projekt jetzt endlich starten kann. Wir müssen den jungen Kreativen unserer Region attraktive Rahmenbedingungen bieten und Talente fördern. Darüber hinaus wird das Junge Staatstheater ein echtes Highlight für Braunschweig und die ganze Region sein.

Ich persönlich habe mich in diesem Prozess besonders dafür eingesetzt, ein Budget zur Entwicklung einer eigenen App für das Theater zu schaffen und freue mich sehr, dass auch hierfür noch einmal 20.000 Euro zur Verfügung stehen. Der Zugang zum Angebot des Theaters wird auf diesem Weg so leicht wie möglich gestaltet.



Termine

RAG Vortragsveranstaltung I „Die Deutsche Marine – Teures Hobby oder sicherheitspolitische Notwendigkeit?“

30. November 2021 | 17:00 Uhr | Im Niedersächsischen Landtag | Frank Oesterhelweg

Schule im digitalen Wandel

30. November | 18:00 Uhr | Foyer Oberschule Holzminden (Billerbeck, 37603 Holzminden)

Impressum

Herausgeber:

„HiBs“-Gruppe im niedersächsischen Landtag

Verantwortlicher:

c/o Uwe Schünemann MdL

stellv. Fraktionsvorsitzender

Die „HiBs-Gruppe“

Thomas Ehbrecht

Laura Hopmann

Veronika Koch

Frank Oesterhelweg

Christoph Plett

Oliver Schatta

Uwe Schünemann

Redaktion

Luca Heinemann

Politischer Referent

Reinhäuser Landstraße 5

37083 Göttingen

Mail: hibs-team.heinemann@outlook.de

Landtag live

13. bis 16. Dezember 2021

Livestream: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtag/index.html>